

Aus:

Ingrid Lohmann, Sinah Mielich, Florian Muhl,
Karl-Josef Pazzini, Laura Rieger, Eva Wilhelm (Hg.)
Schöne neue Bildung?
Zur Kritik der Universität der Gegenwart

Mai 2011, 242 Seiten, kart., zahlr. Abb., 25,80 € , ISBN 978-3-8376-1751-1

Der »Bologna-Prozess« hat zu einer umfassenden Strukturreform des Hochschulwesens geführt. Massive öffentliche Kritik entzündet sich insbesondere am Bachelor-/Master-System mit seiner starken Ausbildungsorientierung. Die Universität muss jedoch auch ganz andere gesellschaftliche Zwecke erfüllen. Wie kann sie gegen den neoliberalen Zeitgeist weiterhin ihrem Auftrag zur Mitgestaltung einer humanen, toleranten und friedlichen Welt gerecht werden?

Der Band zeichnet aus historischer, philosophischer, pädagogischer sowie sozialpolitischer Perspektive ein kritisches Bild der Universität der Gegenwart.

Ingrid Lohmann (Prof. Dr.) und Karl-Josef Pazzini (Prof. Dr.) lehren und forschen am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg. Sinah Mielich, Florian Muhl, Laura Rieger und Eva Wilhelm sind Studierende der Erziehungswissenschaft.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/ts1751/ts1751.php

Inhalt

Einleitung | 7

SCHÖNE NEUE BILDUNG

Schöne neue Bildung?

Unternehmerische vs. demokratische Universität | 15

Sinah Mielich, Florian Muhl, Laura Rieger

**Die Universität unter den Bedingungen von Passform
und Anschlussfähigkeit** | 23

Karl-Josef Pazzini

**Die Agonalität des Demokratischen und die Aporetik der
Bildung: Zwölf Thesen zum Verhältnis zwischen Politik
und Pädagogik** | 33

Michael Wimmer

KRITISCHE ANALYSEN ZUM STRUKTUR- UND FUNKTIONSWANDEL DER UNIVERSITÄT

Zehn Thesen zum Funktionswandel der Universität | 57

Ingrid Lohmann

Die neue Universität.

Eine Idee verschlingt ihre Protagonisten | 85

Peter Fischer-Appelt

**Mehr und bessere Bildung durch Markt und Wettbewerb?
Thesen zur politischen Ökonomie der aktuellen
Bildungsdebatte** | 105

Ralf Ptak

REFLEXIONEN ÜBER IDEE UND AUFGABE DER UNIVERSITÄT

Das Prinzip Universität als unbedingtes Recht auf Kritik | 123

Plínio W. Prado Jr.

Die Universität als Ort öffentlicher Vorlesung | 135

Jan Masschelein, Maarten Simons

**Anmerkungen zum öffentlichen Charakter der Lehre
in der Erziehungswissenschaft** | 159

Stephanie Maxim

BOLOGNA-PROZESS: UMGANGSWEISEN, KRITIK UND PERSPEKTIVEN

**Widersprüche des Bologna-Prozesses bei der Neuorganisation
von Wissensvermittlung mit Blick auf den Arbeitsmarkt** | 167

Klemens Himpele

Warum ich mich am Bologna-Prozess beteiligt habe | 189

Karl Dieter Schuck

**»...dass gestufte Studiengänge als Allheilmittel wirken würden,
war im Ernst nicht zu erwarten...«**

Eine Zwischenbilanz | 195

Eva Arnold

**Wider die öffentlich und privat verordnete Verdummung
im Zeichen von »Exzellenz«.**

Für Lernprozesse mit Menschen dienlichem Anfang und Ende | 209

Wolf-Dieter Narr

**Hochschulpolitisches Engagement in Zeiten, in denen niemand
mehr Zeit hat** | 225

Till Petersen

Autorinnen und Autoren | 235

Einleitung

INGRID LOHMANN, SINAH MIELICH, FLORIAN MUHL,
KARL-JOSEF PAZZINI, LAURA RIEGER UND EVA WILHELM

Das Verständnis von Begriffen wie *Autonomie der Hochschule* und *Wissenschaftsfreiheit* hat sich im Laufe der letzten zweihundert Jahre stark verändert. Wenn heute den Hochschulen mehr Autonomie versprochen wird, suggeriert diese Wortwahl eine Kontinuität mit der Autonomie der Wissenschaft, die seit der Humboldt'schen Reform Geltung für die deutsche Hochschultradition beansprucht. Seinerzeit sollten die Grundlagen dafür geschaffen werden, die Wissenschaft von religiösen und feudalen Fesseln zu befreien. Im weiteren historischen Verlauf führte das Autonomiepostulat jedoch auch zur Ideologie einer angeblich zweckfreien, apolitischen Wissenschaft, die von politischen und wirtschaftlichen Eliten für ihre Zwecke umso leichter instrumentalisiert wurde. Die 68-er-Bewegung forderte angesichts dessen eine Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Funktion der Wissenschaft – eine Forderung, die es wieder aufzunehmen gilt.

Wenn heute für die »entfesselte Hochschule«¹ von Autonomie die Rede ist, sind deren Leitung und Verwaltung gemeint: Es geht ausschließlich um die »Unabhängigkeit autokratisch agierender HochschulmanagerInnen von der Hochschule ebenso wie von umfassenden gesellschaftlichen Interessen

1 Vgl. Müller-Böling, Detlef: Die entfesselte Hochschule, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2000.

jenseits des Marktes«,² um eine Umdeutung, die »nicht nur eine unzulässige Verengung des grundgesetzlichen Autonomiebegriffs« darstellt, sondern auch »die individuellen Freiheitsgrundrechte der Hochschulangehörigen« tangiert.³ Dass allerdings der Abbau der inneruniversitären Demokratie und die Machtkonzentration in Hochschulleitungen, Fakultätsverwaltungen und Hochschulräten im Dienste vorgeblicher Autonomie nicht nur auf politische, sondern auch auf juristische Hürden stößt, macht das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 20. Juli 2010 deutlich. Darin wurde – man darf hoffen: exemplarisch für die Hochschulgesetze der deutschen Bundesländer – die teilweise Verfassungswidrigkeit des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) festgestellt. Die Paragraphen, die das Verhältnis der Hochschulorgane auf Fakultätssebene regeln, seien mit Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG – »Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei« – unvereinbar.⁴

HINTERGRÜNDE UND CHARAKTER DES GEGENWÄRTIGEN UMB AUS DER HOCHSCHULEN

In der von den europäischen Staats- und Regierungschefs beschlossenen *Lissabon-Strategie* war das – inzwischen sattsam bekannte – Ziel formuliert worden, die Europäische Union zum »wettbewerbsstärksten und dyna-

2 Bultmann, Torsten: »Vorwort«, in: Wernicke, Jens: Hochschule im historischen Prozess (AStA der Freien Universität Berlin – Hochschulpolitische Reihe Bd. 13), Berlin 2009, S. 8.

3 Lieb, Wolfgang: »Hochschulpolitik als bayerische Standortpolitik – Wie die Autonomie der Wissenschaft untergraben wird«, <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4445>; alle Hyperlinks in diesem Artikel wurden zuletzt am 10.01.2011 überprüft.

4 Vgl. Bundesverfassungsgericht, Pressestelle: §§ 90 und 91 des Hamburgischen Hochschulgesetzes teilweise verfassungswidrig. Pressemitteilung Nr. 113/2010 vom 7. Dezember 2010 zum Beschluss vom 20. Juli 2010, 1 BvR 748/06, <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg10-113.html>

mischsten wissenschaftsgetriebenen Wirtschaftsraum der Welt« zu machen.⁵ Mit dem *Bologna-Prozess* sollen die Hochschulen diesem Zweck entsprechend umgestaltet werden,⁶ und unter dieser Maßgabe wird ihnen auch ihr Platz in dem neuen Zehnjahresplan *Europa 2020* – »EU's growth strategy for the coming decade«⁷ – zugewiesen. Auch etwa die Einrichtung eines *Europäischen Qualifikationsrahmens* (EQR), der auf die EU-weite Kompatibilität von Abschlüssen und Bildungswegen zielt, steht damit unmittelbar in Zusammenhang:

»Am Prozess der Durchsetzung eines Systems von Qualifikationsrahmen zeigt sich eine spezifische Form der Europäisierung der Hochschullandschaft, die eine Verknüpfung von Qualifikations- und Forschungspolitik zur weitergehenden Funktionalisierung von Hochschule für ökonomische Zwecke bedeutet.«⁸

Die neoliberale Hegemonie befördert die Umgestaltung von Institutionen des öffentlichen Bildungswesens in Wirtschaftsunternehmen und betreibt mit der Privatisierung vormals demokratisch kontrollierter Einrichtungen deren Unterordnung unter die Partikularinteressen von Konzernen, Stiftungen und Einzelpersonen. Derzeit stehen vor allem die Hochschulen im Mittelpunkt der sogenannten *Wissensgesellschaft* – einer Wissensgesellschaft, die »die Verantwortung für (Aus-)Bildung sowie für den Erwerb von Wissen und Können von Betrieben und Unternehmen auf die Individuen selbst

5 Europäischer Rat: »23. und 24. März 2000. Lissabon. Schlussfolgerungen des Vorsitzes«, in: Europäisches Parlament, http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm

6 Vgl. Liesner, Andrea: »Die Standardisierung der deutschen Hochschullandschaft – Dynamik der Autonomiedemontage«, in: *Erziehungswissenschaft. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE)*, Jg. 21 (2010), H. 41, S. 119-126.

7 European Commission: *Europe 2020*, http://ec.europa.eu/europe2020/index_en.htm

8 Bartosch, Ulrich: »Die Europäisierung der Hochschullandschaft und die Einführung von Qualifikationsrahmen«, in: *Erziehungswissenschaft. Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE)*, Jg. 21 (2010), H. 41, S. 73-91, hier S. 74.

verlagert.«.⁹ Die rechtlichen Grundlagen für verstärkte private Investitionen im Bildungssektor wurden im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) mit dem seit 1995 geltenden *Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen* (GATS) geschaffen. Auch die europäische Binnenmarktpolitik treibt die Liberalisierung des Handels mit Bildung als warenförmiger Dienstleistung sowie die Privatisierung des Bildungssektors, der ja bisher in großen Teilen der direkten Vermarktung entzogen war, mit großen Schritten voran. Hier erhofft man sich neue Felder der Kapitalakkumulation und lukrative Renditen. Damit dieser Prozess ohne allzu großen Widerstand der Bevölkerung vonstatten geht, war und ist die gezielte Unterfinanzierung der öffentlichen Bildungseinrichtungen hilfreich. Ein OECD-Papier von 1996 empfiehlt »substanzielle Einschnitte im Bereich der öffentlichen Investitionen oder die Kürzung der Mittel für laufende Kosten« als aussichtsreichstes Mittel für eine möglichst unbemerkte, weil nur »allmähliche Absenkung der Qualität der dargebotenen Bildung«: So könne man immer mehr dazu übergehen,

»für bestimmte Zwecke von den Familien Eigenbeiträge zu verlangen, oder bestimmte Tätigkeiten ganz einstellen. Dabei sollte nur nach und nach so vorgegangen werden, z.B. in einer Schule, aber nicht in der benachbarten Einrichtung, um jede allgemeine Unzufriedenheit der Bevölkerung zu vermeiden.«¹⁰

Tatsächlich wurde in Deutschland schon mit dem »Öffnungsbeschluss der Kultusministerkonferenz« (1977) das Einfrieren der öffentlichen Ausgaben für die Hochschulen beschlossen; der Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt wurde von rund 1 Prozent Mitte der 1970er Jahre auf 0,85 Prozent im Jahr 2000 gesenkt, während sich die Zahl der Studierenden in dieser Zeit verdoppelte.¹¹

Beim aktuellen Umbau der Hochschulen geht es nicht um die Reform überkommener Strukturen, sondern um eine grundsätzliche Neukonstruktio-

9 Höhne, Thomas: »Wissensgesellschaft«, in: Dzierbicka, Agnieszka/Schirlbauer, Alfred (Hg.): *Pädagogisches Glossar der Gegenwart*, Wien: Löcker 2006, S. 297-305, hier S. 301.

10 Morrisson, Christian: *The Political Feasibility of Adjustment*. Policy Brief No. 13, OECD 1996, <http://www.oecd.org/dataoecd/24/25/1919084.pdf>, S. 28.

11 Vgl. Wernicke: *Hochschule im historischen Prozess*, S. 85.

on. Leitbild ist die »unternehmerische Hochschule«, die »Hochschule als marktgesteuertes Dienstleistungsunternehmen«. Sie soll die Gruppenuniversität, die infolge des Demokratisierungsdrucks der Studierendenbewegung und des universitären Mittelbaus in den 1960er und 70er Jahren geschaffen wurde, ablösen – zu Gunsten des Modernisierungsbedarfs der in weltweiter Konkurrenz mit anderen Wirtschaftsregionen stehenden europäischen Konzerne. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür sind auf den Weg gebracht, aber die Konflikte um ihre Um- und Durchsetzung haben erst begonnen.

AKTUELLE WIDERSTÄNDE

Europaweit organisierten Mitglieder der Hochschulen in den letzten Jahren Widerstand gegen die alleinige Ausrichtung von Wissenschaft, Forschung, Lehre und Studium auf ökonomische Konkurrenz und marktförmige Verwertbarkeit. Im Wintersemester 2009/2010 richtete die Welle von Universitätsbesetzungen, von den Protesten in Wien gegen die Einführung des Bachelor-Master-Systems ausgehend, die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Bologna-Prozess. Dabei wurden die Proteste meist auf reformierbare Einzelaspekte reduziert und versucht, der Kritik die Spitze zu nehmen. So nahm die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Margret Wintermantel, wie folgt Stellung:

»Es gibt keinen Anlass, die Bologna-Reform in Bausch und Bogen abzulehnen. [...] Die Sympathien sind auf Seite der Protestierenden, solange sie vernünftige Formen des Protests wählen und sachlich argumentieren. Frontalangriffe auf die Professorenschaft, ideologisch gefärbte Thesen wie der Vorwurf der Ökonomisierung der Hochschulen dagegen machen unglaubwürdig.«¹²

Mit solcherart Argumentation geht, oft stillschweigend, die Annahme einher, das Dogma der Wettbewerbsfähigkeit, dem die Umstrukturierung der Hochschulen dienen soll, sei seinerseits selbstredend frei von Ideologie.

12 »HRK-Präsidentin zu Studierendenprotesten: Dialog statt Krawall«, Pressemitteilung der Hochschulrektorenkonferenz vom 13.11.2009, http://www.hrk.de/de/presse/95_5172.php

Auch von Seiten vieler Studierender und Lehrender wird in der Regel nicht das Gesamttabelleau der gegenwärtigen Umstrukturierungsmaßnahmen in den Blick genommen und der Kritik unterzogen – was der Kontinuität und Wirkmächtigkeit der praktischen Kritik und Aktion durchaus abträglich ist.

UNIVERSITÄT ALS »ÖFFENTLICHER RAUM«

Das Projekt Universität als demokratisch verfasste Institution mit gesellschaftlicher Verantwortung und dem Anspruch, Ort der Kritik und des öffentlichen Gebrauchs der Vernunft zu sein, steht aktuell vor einer Vielzahl von Schwierigkeiten. Wenn dieser Anspruch nicht aufgegeben werden soll, bedarf es *öffentlicher* Räume, die immer wieder neu hergestellt werden müssen. *Öffentlichkeit* meint hierbei nicht die im Hochschulrat vertretene, ausgewählte Öffentlichkeit oder die vom vorgeblich gemeinnützigen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) repräsentierte, sondern die Mitglieder der Universität unter Einbezug der außeruniversitären Öffentlichkeit. Dazu ist das Schaffen von Problembewusstsein und eine Reflexion des mit der Institution verzahnten Alltagshandelns notwendig – ein *öffentlicher* (Zeit-)Raum, in dem die gegenwärtige Verfassung der Universität und die Form der Lehr-Lern-Bedingungen diskutieren werden. Allzu lange wurde übersehen, dass die unbedingte Suche nach Wahrheit, die man nicht *haben* kann, verbunden werden muss mit Überlegungen, wie diese Suche unter den aktuellen Bedingungen gestützt und geschützt werden kann. Ungewissheit ist nicht leicht zu ertragen, aber die pseudoökonomische und Sachzwanglogik ist nur eine vorläufige und weit unterkomplexe ›Lösung‹. Es müssten neue Strukturen für die Universität gefunden werden, wenn sie eine wesentlich vergrößerte Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden werden soll, ohne ihre Idee zu pervertieren. Die Humboldt'sche Universitätsidee kann bei der Entstehung des Neuen, dessen Spuren sich vielleicht schon jetzt finden, als Kontrastfolie angeführt werden, als Orientierung ist sie aber nicht ausreichend. Es muss reflektiert und erprobt werden, was eine Universität im Rahmen einer – prinzipiell unvollendbaren – Demokratie sein könnte. Dazu braucht es strukturelle Übersetzungen in die Institution, nicht die bloß äußerliche Übernahme demokratischer Regeln, wie man sie heute aus dem Bereich der Politik kennt. Das Politische der Universität gilt es, anders zu umschreiben. Dabei könnten die neuen medialen Möglichkei-

ten hilfreich sein. Sie wurden bisher im Wesentlichen nur instrumentell verstanden, um die bekannten Zwecke kostengünstig und aufgepeppt zu bedienen, nicht aber um eine andere Universität zu konzipieren. Anders eingesetzt könnten sie jedoch auch neue, produktive Formen der Wissensproduktion und erweiterte Zugänge zum Wissen eröffnen. Es wurde verdrängt, dass Lehren und Lernen etwas mit Übertragung zu tun hat und Übertragung etwas mit Liebe – auch zur Sache. Liebe wäre das Drittmittel *par* Exzellenz.

Die Universität kann heute die Förderung von bürgerlicher Individualität und Autonomie als Voraussetzung und Zielsetzung nicht mehr ohne Weiteres akzeptieren, und sie sind in den hergebrachten Formen auch nicht mehr selbstverständlich erstrebenswert. Neue Formen von Gesellung könnten erprobt werden. Es kann und muss gefragt werden, ob und wie es denn möglich ist, den geringen Prozentsatz derjenigen zu erhöhen, die an Fragen des Forschens in Kunst und Wissenschaft um ihrer selbst und um der Disziplinen willen arbeiten.

Mit diesem Band möchten wir zur Fortsetzung und weiteren Politisierung der Debatte über die Entwicklung der Hochschulen beitragen – einer Debatte, die derzeit noch zu häufig unter den Prämissen angeblicher Sachzwänge, wie desjenigen von den »leeren öffentlichen Kassen«, geführt wird. Ein Teil der hier vorliegenden Beiträge entstand im Rahmen der Konferenz *Schöne neue Bildung? Zur kritischen Reflexion der gegenwärtigen Hochschulgestaltung und zur Entwicklung emanzipatorischer Alternativen*, die 2010 an der Universität Hamburg stattfand. Wir danken herzlich den Referentinnen und Referenten, die uns ihre Beiträge in überarbeiteter Fassung zur Verfügung gestellt haben, ebenso der Fakultät für Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft für ideelle und finanzielle Unterstützung sowie dem Fachschaftsrat Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg für sein kontinuierliches, kritisches Engagement in der Fakultät, allen weiteren Referierenden und Diskutierenden, die wichtige Impulse gegeben, Gedanken geteilt, zu Nachfragen und Erläuterungen angeregt und so mit dazu beigetragen haben, dass alle Beteiligten einen Schritt aus dem alltäglichen Universitätsbetrieb heraustun und die Dinge für eine Weile in einem anderen Licht betrachten konnten, und nicht zuletzt der Vorbereitungsgruppe, die die Konferenz inhaltlich und organisatorisch mit hohem Arbeitseinsatz vorbereitete. Die statusübergreifende Zusammenarbeit zwischen Lehrenden und Studierenden war anregend und trägt

weiterhin Früchte. Konferenz und Buch sind großenteils aus Studiengebühren finanziert. Daher danken wir vor allem den Studierenden und hoffen, dass sie diese Verwendung ihrer Mittel als sinnvoller einstufen als beispielsweise den Erwerb von Parkplatzpollern. Dennoch bleiben wir Kritiker und Kritikerinnen jeglicher Bildungsgebühren.